

**Rede der Präsidentin des Europäischen Parlaments
Roberta Metsola vor dem Europäischen Rat**
Brüssel, 26. Juni 2025

Vielen Dank, Antonio.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich bin gerade aus dem Nahen Osten zurückgekehrt, und die Lage dort ist nach wie vor instabil und äußerst beunruhigend.

Die jüngsten Vorkommnisse zwischen Israel und Iran sowie ihre potenziellen Ausstrahlungseffekte sind ein Gradmesser für uns alle. Die nun geschlossene Waffenstillstandsvereinbarung ist ein hoffnungsvoller Schritt in die richtige Richtung. Der Gesetzentwurf des iranischen Parlaments zur Aussetzung der Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergie-Organisation zeigt jedoch deutlich, wie fragil der Weg zur Stabilität nach wie vor ist.

Es ist allgemein anerkannt, dass Iran keine Atomwaffen haben darf. Das wäre eine Bedrohung – nicht nur für die Region, sondern für die gesamte Welt.

Wir dürfen auf gar keinen Fall lockerlassen.

- Wir müssen weiterhin alle Kanäle nutzen, um auf eine umfassende Deeskalation hinzuwirken, damit das Waffenstillstandsabkommen zwischen Israel und Iran eingehalten wird und die Bemühungen um eine bessere Zukunft fortgesetzt werden.
- Wir müssen weiter darauf hinarbeiten, dass im Gazastreifen die Waffen schweigen, alle Geiseln umgehend freigelassen werden, dem Terror ein Ende gesetzt wird und die humanitäre Hilfe diejenigen erreicht, die sie so dringend benötigen.
- Bei all dem müssen wir weiter für eine Zweistaatenlösung eintreten, die Sicherheit für Israel und eine glaubhafte Perspektive für eine legitime und friedliche palästinensische Führung bietet und damit den einzigen Weg zu einem nachhaltigen und dauerhaften Frieden darstellt.

Frieden zu erzielen, mag schwierig sein, aber es ist nicht unmöglich. Ich weiß, dass Sie alle hier diese Überzeugung teilen. Und daher müssen wir in unserer Herangehensweise an den Nahen Osten kohärent und gemeinsam vorgehen.

Gleiches gilt für unseren Ansatz in Bezug auf die Sicherheitslage auf unserem Kontinent. Wir müssen die Ukraine weiter nach Kräften unterstützen. Das 17. Sanktionspaket gegen Russland hat einen beträchtlichen Umfang, und die Verabschiedung des 18. Sanktionspakets ist von entscheidender Bedeutung, um weitere Schlupflöcher zu schließen.

Wir dürfen bei der Unterstützung für die Ukraine nicht nachlassen. Die Ukraine und Moldau haben die Bedingungen für die Eröffnung des ersten Verhandlungspakets – das sogenannte Cluster „Wesentliche Elemente“ – bereits erfüllt. Jetzt sind wir an der Reihe. Wir müssen die Dynamik beibehalten. Denn wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, dass eine leistungsorientierte Erweiterung – die auf klaren Zielen und Kriterien beruht – die klügste

Investition ist, die wir in die Stabilität, den Wohlstand und den Frieden auf unserem Kontinent tätigen können. Dabei handelt es sich nicht um ein Schnellverfahren – nein, die beiden Länder haben sich das verdient.

Das meinen wir, wenn wir davon sprechen, dass Europa seine eigene Sicherheit ernster nehmen muss. Und wir bewegen uns in die richtige Richtung. Erst gestern haben sich die NATO-Mitglieder darauf geeinigt, das Ziel für die Höhe der Verteidigungsausgaben auf 5 % anzuheben.

Der nächste Schritt besteht jetzt darin, Unabhängigkeit von russischen Energieimporten zu erlangen. Das Europäische Parlament begrüßt den vorgelegten Vorschlag – wir waren die ersten, die das gefordert haben. Ich habe unsere zuständigen Ausschüsse bereits mit der Angelegenheit befasst, und unser Ziel ist es, den endgültigen Text bis Ende des Jahres anzunehmen.

Hier müssen wir jedoch wichtige Erfahrungen aus der Vergangenheit berücksichtigen – denn der schrittweise Ausstieg ist nur ein Teil der Gleichung. Genauso wichtig ist es, daran zu denken, was danach kommt. Das bedeutet, dass wir dafür Sorge tragen müssen, dass alternative Energiequellen erschlossen werden, damit wir unseren Bedarf decken können.

Wenn uns die Wahlergebnisse des vergangenen Jahres eines gelehrt haben, dann, dass wir uns keine Alleingänge leisten können, sondern die Menschen mit ins Boot holen müssen. Wir müssen erklären, warum wir so handeln. Warum das so wichtig ist in einer Zeit, in der unsere Vorgehensweise nicht mehr so selbstverständlich ist, wie wir dachten. Als Mitgesetzgeber wird das Europäische Parlament weiterhin – rasch, klar und zielführend – seinen Beitrag leisten.

Lassen Sie mich zusammenfassen, wo wir gerade stehen.

Was das Thema Verteidigung betrifft, bedauere ich, dass das Programm für die Europäische Verteidigungsindustrie (EDIP) durch die Wahl zum Europäischen Parlament und die Bestätigung der Kommissionsmitglieder verzögert wurde. Als das neue Parlament aber erst einmal Fahrt aufgenommen hatte, ging es ganz schnell, und wir konnten unseren Standpunkt zu Beginn des Jahres festlegen. Ich begrüße die jüngste allgemeine Ausrichtung des Rates und die Ansetzung der ersten interinstitutionellen Sitzung, die es uns ermöglichen wird, die Verhandlungen voranzubringen. Im vergangenen Jahr gelang es uns binnen weniger Wochen, die Verordnung zur Einrichtung des Instruments zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung (EDIRPA) und die Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion (ASAP) anzunehmen. Und diese Dringlichkeit wird uns auch weiterhin als Richtschnur dienen, da wir das jüngste Omnibus-Paket im Verteidigungsbereich bis Ende des Jahres fertigstellen wollen. Unsere Verfahren sind verbessert und schnell.

Was den mehrjährigen Finanzrahmen betrifft, haben wir unseren Standpunkt festgelegt, in dem die Erwartungen des Parlaments dargelegt sind. Wir warten nun gespannt auf den Vorschlag der Kommission, der nächsten Monat vorgelegt werden soll. Der Bericht des Parlaments über den Vorschlag wird bereits im Herbst 2025 folgen. Unser Verhandlungsteam ist bereit, konstruktiv auf einen Haushalt hinzuarbeiten, der besser gerüstet ist, um den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden – einen starken, strategischen, verantwortungsvollen und flexiblen Haushalt.

Lassen Sie mich zu guter Letzt noch auf unsere Vereinfachungsagenda zu sprechen kommen. Seit unserem letzten Treffen haben wir den „Stop-the-Clock“-Mechanismus angenommen und Sanktionen gegen die Automobilindustrie ausgesetzt. Wir haben auch eine vorläufige Einigung über das CO₂-Grenzausgleichssystem (CBAM) erzielt, und die Arbeiten an den jüngsten Omnibus-Paketen zu mittelgroßen Unternehmen und im Verteidigungsbereich werden in Kürze beginnen.

Mir ist wohl bewusst, dass nach wie vor Bedenken bestehen. Dieses Parlament ist jedoch anders als die Parlamente, die Sie vielleicht noch von früher kennen. Verfahren, die einst Monate dauerten, können inzwischen in nur wenigen Stunden abgewickelt werden.

Ja, wir haben unsere Verfahren – und das ist auch gut so. Aber wenn Europa schneller, smarter und wirtschaftsfreundlicher werden soll, brauchen wir mehr als nur kosmetische Änderungen. Das kann nur gelingen, wenn wir der Industrie und den KMU Planungssicherheit geben und unsere Bürgerinnen und Bürger mit ins Boot holen. Das bedeutet aber nicht, dass wir nicht alles daransetzen, rasch zu liefern. Im Gegenteil: Wir haben gezeigt, dass wir beides können. Ich kann Ihnen versichern, dass wir im Europäischen Parlament nicht von unserem Zeitplan abgerückt sind – ebenso wenig wie von unserer Entschlossenheit.

Abschließend möchte ich die Gelegenheit nutzen und Ihnen mitteilen, dass das Europäische Parlament bald eine gezielte, präzise und chirurgische Änderung des Europäischen Wahlakts vorlegen wird, die auf einen einzigen, aber bedeutungsvollen Punkt beschränkt ist. Wir wollen weiblichen Mitgliedern des Europäischen Parlaments, die schwanger sind oder kürzlich entbunden haben, die Möglichkeit geben, ihr Stimmrecht zu übertragen. Ich möchte Sie bitten, diese Initiative zu unterstützen. Denn sicherlich sind wir uns alle einig, dass keine Nation, keine Institution und keine Demokratie ihre gewählten Vertreterinnen dafür bestrafen sollte, eine Familie zu gründen. Vertretung sollte niemals auf Kosten der Elternschaft gehen – und mit diesem Schritt entscheiden wir uns, beides zu unterstützen.

Vielen Dank!